## Liebl rudert im Hochwasserstreit zurück

Arbeitskreis: Aussprache mit dem Vorsitzenden bestimmt Sitz ung in Leidersbach - Kein neuer Empfehlungsbeschluss

LEIDERSBACH. Mit Sachfragen hat sich der Arbeitskreis Hochwasserschutz in seiner Sitzung am Dienstag kaum beschäftigt. Die Runde war geprägt von der Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden des Arbeitskreises, Georg Liebl, und den beiden Arbeitskreismitgliedern und Gemeinderäten Ulrich Stapf und Fritz Wörl.

Wie am Montag berichtet, hatte Liebl in einem Brief an die Arbeitskreismitglieder die Mandatsträger Stapf und Wörl dafür angegriffen, dass sie im Gemeinderat für einen Dienstleister zur Koordination der Hochwasserschutz-Maßnahmen statt für einen Gemeindemitarbeiter gestimmt hatten. Damit scheitere ein wirkungsvoller Hochwasserschutz, so Liebl. Stapf hatte die Kritik in einem mehrseitigen Antwortschreiben als »undemokratisch« und »unberechtigt« zurückgewiesen, weil Liebl zuvor nicht das Gespräch gesucht und ein Aus für den Arbeitskreis angedeutet hatte.

## Kommunikationsproblem

In der Sitzung ruderte Liebl nun zurück. »Vielleicht sollte ich in Zukunft erst einmal eine Nacht darüber schlafen, bevor ich ein solches Schreiben abschicke.« Ulrich Stapf, der in der Aussprache als erster das Wort ergriff, war nach eigenem Bekunden »nach wie vor aufgebracht« über die Attacke. »Ich leide nicht unter Profilierungssucht, mir geht es um die Sache.« Im Gemeinderat hätten er und Fritz Wörl oft harte Überzeugungsarbeit zu leisten, um Mehrheiten für die Empfehlungen des Arbeitskreises zu

Vielleicht sollte ich in Zukunft erst einmal eine Nacht darüber schlafen.

Georg Liebt, Vorsitzender des Arbeitskreises Hochwasser

gewinnen. »Wenn wir uns nicht so einbringen würden, wäre die Beschlusslage eine andere«, so Stapf.

Beim Hochwasserschutz kranke es an der Umsetzung, das betonte Stapf immer wieder. Als Beispiel nannte er die Gräterarbeiten an den Wegrändern – eine jener einfachen Maßnahmen, die längst beschlossen sind, aber bislang nicht ausgeführt wurden. »Das Gerät ist da, aber es gibt keinen Kontakt zum Bauhof«, so Stapf.

Im Dezember hatte Stapf in nichtöffentlicher Ratssitzung beantragt, einen Mitarbeiter in der Verwaltung einzustellen, der die Hochwasserschutzmaßnahmen überwachen soll. Der
ähnlich lautende Empfehlungsbeschluss des Arbeitskreises lag damals
der Verwaltung noch nicht vor. »Ich
wollte keine Zeit verlieren, deshalb
habe ich den Antrag gestellt«, erklärte
Stapf.

Warum er sich dann doch in der Gemeinderatssitzung am 14. Januar für einen Dienstleister entschied, schilderte er ausführlich. Ein fest angestellter Rathausmitarbeiter sei in drei Jahren womöglich nicht mehr ausgelastet, könne dann aber aus arbeitsrechtlichen Gründen kaum entlassen werden. Zudem könne es dauern. bis ein geeigneter Bewerber gefunden sei. Die Leistungen per Werkvertrag zu kaufen, ohne ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen, sieht Stanf als Alternative. »Auch das hat seine Nachteile, und niemand hat die Gewissheit. dass es funktioniert. Aber es ist ein Anfang «Den umgekehrten Weg könne die Gemeinde immer noch gehen.

Stapf plädierte auch für die offene Aussprache. »Wer meint, das sei die falsche Entscheidung sollte das hier im

Unterm Strich wollen wir alle das Gleiche.

Fritz Worl, Hochwasserbeauftragter der Gemeinde

Arbeitskreis diskutieren, Mehrheiten suchen und als Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat zurückgeben. Alles andere macht böses Blut.« »Wir lassen uns nicht nachsagen, dass der Gemeinderat die Arbeit des Arbeitskreises torpediert«, so Stapf.

Der ebenfalls angegriffene Fritz Wörl schloss sich Stapf an gab sich aber versöhnlich: »Unterm Strich wollen wir alle das Gleiche.« Georg Liebl äußerte Verständnis für die Kritik: »Ich

hätte mich vorher erkundigen können.« Dennoch blieb er bei seiner ablehnenden Haltung einem Dienstleister gegenüber.

## Bedenken nicht ausgeräumt

»Ich habe großes Misstrauen, wenn die Aufsicht über die Hochwasserarbeiten außerhalb der Gemeinde vergeben wird«, so Liebl. Er bezweifelte, dass die Interessen eines Ingenieursbüros die gleichen wie die eines Gemeindemitarbeiters sind. Seine Aussage, dass der Hochwasserschutz mit einem Dienstleister »an die Wand gefahren« würde, bezeichnete er aber als »drastisch«.

Stefan Sauer und Alfons Opolka kritisierten die fehlenden Personalkapazitäten in der Gemeinde. »Wenn die Kapazitäten so eng bemessen sind, darf nichts anderes mehr kommen. Dafür habe ich kein Verständnis«, sagte Sauer. Opolka sprach sogar von »Verweigerungshaltung in der Verwaltung«. Auch andere Gemeinden müssten große Projekte ohne zusätzliches Personal stemmen. »Ich bin enttäuscht vom Bürgermeister, dass er das nicht hat möglich machen können.«

Ein Empfehlungsbeschluss wurde nicht gefasst. Die Verwaltung wird nun aufgrund des Ratsbeschlusses prüfen, welches Ingenieurbüro geeignet und am kostengünstigsten ist. Der Arbeitskreis kommt erneut am 25. Februar zusammen. Sonja Maurer